

Protokoll

über die Sitzung des **Jugend- u. Sozialausschusses** am Donnerstag, 01.03.2018, 18:00 Uhr, im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Nienburger Straße 31, 31535 Neustadt a. Rbge.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Magdalena Rozanska

Stellv. Vorsitzende/r

Frau Monika Strecker

Mitglieder

Herr Dr. Ulrich Baulain

Frau Ute Bertram-Kühn

Frau Magdalena Itrich

Frau Christine Nothbaum

Herr Matthias Rabe

Herr Raimar Riedemann

(Vertreter für Frau Grün-Neumann)

Frau Lea-Mara Sommer

Herr Thomas Stolte

(Vertreter für Herrn Kümmerling)

Beratende Mitglieder

Herr Maximilian Kaup

Herr Hans-Jürgen Kretz

Frau Reside Ötles

Herr Heinrich Schmidt

Herr Jean-Claude Cousin-Sauer

Verwaltungsangehörige/r

Frau Monika Baroke

(Fachdienstleistung Soziales)

Herr Sebastian Pinne

(Fachdienst Soziales, Protokoll)

Frau Annette Plein

(Fachbereichsleitung 2)

Herr Maic Schillack

(Erster Stadtrat, Fachbereichsleitung 1)

Frau Martina Wilhelms

(Fachdienstleistung Kinder und Jugend)

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 18:59 Uhr

Tagesordnung:

Vorlagen Nr.

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 11.01.2018
3. Berichte und Bekanntgaben
4. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes
5. Bezuschussung der Stelle der Koordination und Begleitung Ehrenamtlicher in der Flüchtlingshilfe im Kirchenkreis Neustadt-Wunstorf **2017/317**
6. Antrag des Kindergarten Empede-Himmelreich e.V. auf Gewährung einer Betriebskostenförderung für das Haushaltsjahr 2018 **2017/293**
7. Erweiterung der Betreuungsangebote in Kindertagesstätten zum 01.08.2018 **2018/023**
8. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2018 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms **2017/286**
9. Anfragen

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Frau Rozanska eröffnet die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses um 18:00 Uhr, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 11.01.2018

Der Jugend- und Sozialausschuss fasst einstimmig bei 2 Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über die Sitzung am 11.01.2018 wird genehmigt.

3. Berichte und Bekanntgaben

- a) Frau Rozanska gibt bekannt, dass die nächste gemeinsame Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses mit dem Schulausschuss am 15.03.2018 nicht stattfinden wird.
- b) Frau Baroke berichtet den Anwesenden die aktuellen Flüchtlingszahlen. Derzeit sind in Neustadt 519 Personen untergebracht, am 05.03. wird sich die Anzahl aufgrund weiterer Zuweisungen um 27 Personen erhöhen, die in den Gebäuden der Marktstr. sowie der Bunsenstraße untergebracht werden. Die Kapazitäten der Bunsenstraße sind somit fast ausgelastet. Frau Baroke weist darauf hin, dass eine vollständige Auslastung nicht angestrebt wird, da junge allein reisende Männer weiterhin aufgrund psychischer Probleme nicht in Wohngemeinschaften untergebracht werden.

4. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

- a. Herr Meyer, wohnhaft in der Kernstadt, schildert, dass er seine Tochter in der 3. Klasse der Michael-Ende-Schule sowie für einen Hort-Platz angemeldet, jedoch eine Absage des Hortplatzes erhalten habe. Herr Schillack verweist auf den persönlichen Brief des Bürgermeisters an alle Eltern, die eine Absage erhalten haben. Weiterhin wird das gesamte Verfahren erneut geöffnet. Hierzu wird der Rat in der Sitzung am 08.03.2018 eine Entscheidung treffen.
- b. Herr Streuber, ebenfalls aus der Kernstadt, berichtet von einer ähnlichen Problematik. Er möchte wissen, ob die Platzvergabe durch die freien Träger hinfällig sei. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass er für sein Kind bereits einen Hort-Platz an der Ahnsföth hatte, diesen jedoch für eine Anmeldung an einem anderen Hort aufgegeben habe. Allerdings habe er für den eine Absage bekommen. Herr Schillack verweist auf die Wiedereröffnung des Verfahrens und bittet um eine schnellstmögliche Rückmeldung.
- c. Frau Ahrens, wohnhaft in Otternhagen, hat ein „Kann-Kind“ und ebenfalls eine Absage erhalten. Sie fragt, wie das Problem der Differenz zwischen Angebot und Nachfrage an Hortplätzen von der Verwaltung gelöst werden soll. Frau Wilhelms erläutert hierzu, dass jede Anmeldung einen Zweitwunsch bzgl. des Hortes beinhaltet. Derzeit findet der Rücklauf der

Platzannahmen statt, in dem Eltern gegebenenfalls vereinzelt auf Hort-Plätze verzichten. Darüber hinaus bietet die Tagespflege noch Plätze. Ein weiterer Ausbau der Hort-Plätze sei auch denkbar. In den vergangenen Jahren konnten auch auf diesem Wege nachträglich noch Plätze vergeben werden. Frau Wilhelms empfiehlt daraufhin eine Benachrichtigung durch die Verwaltung abzuwarten und von telefonischen Anfragen abzusehen.

- d. Ein weiterer Bürger aus der Kernstadt fragt, wie viele Erzieher zur Zeit und wie viele ab dem 01.08. fehlen werden, sowie ob eine Kita in den Auengärten und dem Hüttengelände wie geplant gebaut werden würden. Er weist außerdem darauf hin, dass er gezwungen sei sein Kind in einen christlichen Hort zu schicken und dieser Zwang möglicherweise ein Türöffner für Klagen sein könnte. Herr Schillack verweist diesbezüglich darauf, dass ein Hort-Platz kein gesetzlich vorgeschriebenes Angebot durch die Kommune ist. Weiterhin erläutert Herr Schillack, dass aktuell 13 Erzieher fehlen, und die Zahl zum 01.08. um 24 Erzieher ansteigen wird, inklusive der offenen Stellen bei den freien Trägern. Der Bau der Kitas an o.g. Orten sei vorgesehen und werde wie geplant durchgeführt.

5. **Bezuschussung der Stelle der Koordination und Begleitung Ehrenamtlicher in der Flüchtlingshilfe im Kirchenkreis Neustadt-Wunstorf**

2017/317

Frau Itrich weist darauf hin, dass die im Beschlussvorschlag aufgeführte 1. Variante nicht zum ursprünglichen Antrag passe. Weiterhin sei nicht vorhersagbar, wie viele Flüchtlinge in Zukunft noch der Stadt Neustadt zugewiesen werden. Gewünscht sei daher eine Beibehaltung der Stelle für weitere ein bis zwei Jahre, insbesondere um eine reibungslose Übergabe zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund werde Variante zwei bevorzugt.

Anschließend erläutert Frau Strecker, dass die CDU-Fraktion nach einem Gespräch mit den zuständigen Personen Variante drei präferiere, jedoch mit dem Zusatz „[...] für ein Jahr [...]“ und erhebt dies zum Antrag.

Frau Bertram-Kühn schließt sich den Ausführungen von Frau Itrich an und bevorzugt Variante zwei.

Auf Nachfrage erläutert Frau Plein den Anwesenden den Beschlussvorschlag und weist insbesondere darauf hin, dass eine Prognose über die Flüchtlingszahlen durchaus möglich sei. Nach Abschluss der Diskussionen lässt Frau Rozanska über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen. Daraufhin fasst der Jugend- und Sozialausschuss mit 7 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen folgenden empfehlenden

Beschluss:

Variante 3.

Der Bürgermeister wird beauftragt, einen Zuschuss in der bisherigen Höhe von 20.000 Euro für ein Jahr zu gewähren.

6. **Antrag des Kindergarten Empede-Himmelreich e.V. auf Gewährung einer Betriebskostenförderung für das Haushaltsjahr 2018**

2017/293

Ohne Aussprache fasst der Jugend- und Sozialausschuss einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Dem Kindergarten Empede-Himmelreich e.V. wird für das Haushaltsjahr 2018 ein Be-

triebskostenzuschuss in Höhe von ca. 68.500 EUR gewährt. Dies entspricht 2,29 EUR pro Betreuungsstunde.

7. Erweiterung der Betreuungsangebote in Kindertagesstätten zum 01.08.2018

2018/023

Frau Rozanska erläutert den Beschlussvorschlag. Frau Strecker schlägt vor, den Beschlussvorschlag als behandelt zu erklären und in die nächste Sitzung des Rates am 08.03.2018 zu geben. Daraufhin wendet Frau Rozanska ein, dass es seitens der SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf gäbe. Daher solle die Beschlussvorlage wie geplant in die nachfolgenden Gremien verwiesen werden.

Frau Bertram-Kühn erkundigt sich darüber hinaus über den Grund der Beschleunigung des Verfahrens. Herr Schillack führt dazu aus, dass ein zeitnahe Beschluss Sicherheit bietet, insgesamt ein schnelleres Verfahren ermöglicht sowie aufgrund des festen Verhandlungsmandates der Stadt zeitnahe Gespräche mit hiesigen Trägern durchgeführt werden können. Eine Nachfrage von Frau Strecker betreffend den Zeitpunkt der Umbaumaßnahmen beantwortet Herr Schillack abschließend. Daraufhin nimmt der Jugend- und Sozialausschuss den Beschlussvorschlag zur Kenntnis.

8. Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2018 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms

2017/286

Frau Wilhelms erläutert zu Beginn den Teilhaushalt 51. Das verwendete Flipchart ist dem Protokoll als **Anlage** beigelegt. Herr Schillack ergänzt hierzu, dass die Kommune ein hohes Interesse daran hat, dass das Land kostendeckende Zuschüsse bezüglich des dritten Kindergartenjahres auszahlt. Darüber hinaus weist Herr Schillack darauf hin, dass das kostenfreie erste und zweite Kindergartenjahr kommen wird. Auf Nachfrage von Herrn Kretz antwortet Herr Schillack abschließend, dass eine Kostenübernahme des Landes bei einem etwaigen Defizit noch nicht berücksichtigt wurde, da die Art der Finanzierung essentiell für die Berechnung sei. Eine Berechnung bei Personalkostenorientierung ist noch nicht erfolgt.

Frau Itrich weist auf den Umstand hin, dass Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen bis 2017 im Produkt „1110650 Gebäudemanagement“ veranschlagt wurden, ab 2018 nun im Produkt „3154503 Obdachlosenangelegenheiten“ auftauchen.

Stellungnahme der Verwaltung: Die Erträge aus Zuschüssen von der Region Hannover für die Unterbringung von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften wurden bis 2017 dort verbucht, wo der Aufwand entstand. Da Baukosten, Mieten und Bewirtschaftungskosten im Produkt des Fachdiensts Immobilien (FDI) gebucht bzw. nachgewiesen wurden, sollten dort auch die entsprechenden Erträge vereinnahmt werden.

Ab 2018 wird nun das Produkt 3154503 mit den Aufwendungen des FDI für die Gemeinschaftsunterkünfte über ILV (Innere Leistungsverrechnung) belastet mit gleichzeitig entsprechender Entlastung des Produkts 1110650. In der Folge müssen die Erträge aus Kostenerstattung im neuerdings belasteten Produkt 3154503 veranschlagt werden.

Frau Itrich stellt anschließend den Haushaltsbegleitantrag der UWG-Fraktion vor.

Herr Schillack macht deutlich, dass der Stadtverwaltung der Sanierungsbedarf bewusst ist. Im Sommer ist ein Plan für die strategische Ausrichtung vor Ort angedacht, wie das Neustädter Land auch langfristig Aussichten für jedes Elternteil bieten kann.

Daraufhin nimmt der Jugend- und Sozialausschuss den Beschlussvorschlag zur Kenntnis.

9. Anfragen

- a. Frau Sommer möchte wissen, welche Maßnahmen durch die Verwaltung ergriffen werden, um dem Mangel an Erziehern entgegen zu wirken, bspw. mit Marketingmaßnahmen oder Ähnlichem. Frau Wilhelms erläut-

tert daraufhin bereits ergriffene Maßnahmen wie bspw. die Nutzung von Dauerausschreibungen, Berücksichtigung von Initiativbewerbungen, das Angebot der Möglichkeit als Sozialassistent zu beginnen und berufsbegeleitend die Ausbildung zum Erzieher zu machen. Herr Schillack ergänzt hierzu, dass die Ausschreibungen bundesweit auf einschlägigen Internetportalen erfolgen, jedoch u.a. die Landeshauptstadt Hannover ein sehr großer direkter Konkurrent sei.

- b.** Auf eine Nachfrage von Herrn Stolte bezüglich der Mittagessenversorgung der Kitas antwortet Herr Schillack abschließend, dass die Küchenversorgung jedes Jahr neu ausgeschrieben werde. Die Küche der KGS ist darüber hinaus für 1000 Essen ausgelegt und könnte somit 200 Essen in die Michael-Ende-Schule liefern. Des Weiteren wird der Koch der KGS-Küche auf städtische Kosten zum Meister ausgebildet.
- c.** Eine Frage von Herrn Kretz bezüglich des Preises pro Essen beantwortet Herr Schillack dahingehend, dass an allen Schulen der gleiche Preis pro Essen gilt.
- d.** Auf eine anschließende Nachfrage von Herrn Kretz, dass bezüglich der Anzahl der Schulanmeldungen unterschiedliche Zahlen kursieren, verweist Herr Schillack auf die nächste Sitzung des Schulausschusses am 05.03.2018.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Frau Rozanska die Sitzung um 18.59 Uhr.

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer

Neustadt a. Rbge., 04.04.2018